



Nr. 47/S. 505 Bonn, den 12. Juni 1996

Bulletin

Ministertagung des Nordatlantikrates

am 3. Juni 1996 in Berlin

KOMMUNIQUE

1.

Wir sind heute in Berlin zusammengetroffen, der Hauptstadt eines vereinten Deutschlands und der Stadt, die über mehr als vier Jahrzehnte für erfolgreiche Bündnispolitik und transatlantischen Zusammenhalt gestanden hat. Ihre Einheit ist jetzt ein Symbol der neuen Ära der Partnerschaft und Zusammenarbeit.

2.

Hier in Berlin haben wir einen bedeutenden Schritt vorwärts getan, um der neuen NATO Gestalt zu geben, einer NATO, die im Begriff ist, neue Aufgaben, wie zum Beispiel IFOR, zu übernehmen. Heute haben wir Entscheidungen getroffen, um die laufende Anpassung der Allianzstrukturen weiter voranzubringen, damit die Allianz auf der Grundlage einer starken transatlantischen Partnerschaft wirksamer das volle Spektrum ihrer Aufgaben durchführen kann; um eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität in der Allianz aufzubauen; um den Prozeß der Öffnung der Allianz für neue Mitglieder fortzuführen; und um mit allen Partnerländern starke Bindungen der Kooperation weiterzuentwickeln, einschließlich des weiteren Ausbaus unserer starken Beziehung zur Ukraine und der Entwicklung einer starken, stabilen und dauerhaften Partnerschaft mit Rußland.

3.

Diese neue NATO ist zu einem integralen Bestandteil der sich herausbildenden, breitangelegten kooperativen Sicherheitsstruktur in Europa geworden. Wir tragen in Bosnien-Herzegowina, zusammen mit vielen unserer neuen Partner und anderen Ländern, durch die Internationale Friedenstruppe (IFOR) dazu bei, den Krieg und Konflikt in diesem Lande zu beenden und beim Aufbau des Friedens in der Region zu helfen. Diese gemeinsame Anstrengung, die größte Militäroperation in der Geschichte des Bündnisses, ist richtungweisend für unsere zukünftige Sicherheitszusammenarbeit im gesamten euro-atlantischen Raum.

4.

Wir haben heute dem Prozeß der Anpassung und Erneuerung des Bündnisses, der 1990 auf dem Gipfeltreffen der NATO in London eingeleitet und auf dem Brüsseler Gipfel im Jahre 1994 weiter vorangebracht wurde, neuen Impuls gegeben. Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen im Sicherheitsumfeld in Europa, mit dem Entstehen neuer

Demokratien und nach der Annahme unseres neuen Strategischen Konzepts im Jahre 1991 haben wir unsere politischen sowie militärischen Strukturen und Verfahren neu gegliedert und gestrafft; unsere Streitkräfte bedeutend reduziert und die Stufen ihrer Einsatzbereitschaft herabgesetzt; unsere Streitkräfte umgegliedert, um sie besser in die Lage zu versetzen, unter Wahrung unserer Fähigkeit zur kollektiven Verteidigung die neuen Aufgaben der Krisenbewältigung auszuführen. Darüber hinaus haben wir im Rahmen unserer Öffnungspolitik eine wachsende Vielzahl von Aktivitäten mit unseren Partnern durchgeführt. Wir wollen unser angepaßtes Bündnis besser befähigen, seinen Hauptzweck zu erfüllen: Frieden und Sicherheit im euro-atlantischen Raum.

5.

Viel ist erreicht worden, aber jetzt ist der Zeitpunkt, um einen entscheidenden Schritt vorwärts zu tun, um die Allianz zur Begegnung neuer Herausforderungen noch flexibler und leistungsfähiger zu machen. Wir sind daher entschlossen:

- Allianzstrukturen anzupassen. Ein wesentlicher Teil dieser Anpassung ist der Aufbau einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in der NATO, die alle europäischen Bündnispartner in die Lage versetzen wird, als Ausdruck unserer gemeinsamen Verantwortung einen geschlosseneren und wirksameren Beitrag zu den Aufgaben und Aktivitäten der Allianz zu leisten, im Bedarfsfall eigenständig zu agieren und die transatlantische Partnerschaft zu verstärken;
- unsere Fähigkeit zur Übernahme neuer Rollen und Aufgaben bei Konfliktverhütung und Krisenbewältigung weiterzuentwickeln, ebenso wie die Bemühungen der Allianz um die Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme; und dabei unsere Fähigkeit zur kollektiven Verteidigung zu wahren; und
- unseren Beitrag zu Sicherheit und Stabilität im ganzen euro-atlantischen Raum zu steigern, indem wir unseren Dialog und unsere Zusammenarbeit mit Partnern aus-

Inhalt

Ministertagung des Nordatlantikrates

Kommunique	505
Erklärung des Bundesaußenministers	511

Tagung des Nordatlantischen Kooperationsrates

Zusammenfassung des Vorsitzenden	512
Ansprache des Bundeskanzlers	513
Empfang im Schloß Bellevue	516

bauen und vertiefen, insbesondere durch die Partnerschaft für den Frieden (PFP) und den Nordatlantischen Kooperationsrat (NAKR), und indem wir unsere wichtigen Beziehungen zu Rußland und der Ukraine weiterentwickeln; dabei bleiben wir durch den von uns auf den Weg gebrachten Erweiterungsprozeß gegenüber neuen Mitgliedern offen und wollen unsere Verbindungen zu anderen Organisationen stärken, die zur Sicherheit in Europa beitragen.

6.

Heute begrüßen wir den im internen Anpassungsprozeß unserer Allianz erzielten Fortschritt, der auf den Entscheidungen des Brüsseler Gipfels von 1994 aufbaut, insbesondere:

- den Abschluß des CJTF-Konzepts. Indem es eine flexible und beweglichere Dislozierung von Kräften auch für neue Aufgaben ermöglicht, wird dieses Konzept die Durchführung von NATO-Eventualfalloperationen, die Nutzung trennbarer, jedoch nicht getrennter militärischer Fähigkeiten bei Operationen unter der Führung der WEU sowie die Beteiligung von Staaten außerhalb der Allianz an Operationen wie IFOR erleichtern. Wir bitten jetzt den Militärausschuß, dem Rat Empfehlungen zur Umsetzung dieses Konzepts zu unterbreiten, die die Billigung aller Bündnispartner finden, und dabei die laufende Arbeit zur Anpassung der militärischen Strukturen und Verfahren zu berücksichtigen;
- die Einsetzung der Politischen Koordinierungsgruppe (PCG), mit der besonders bei den neuen Aufgaben der NATO der Notwendigkeit Rechnung getragen wird, politische und militärische Standpunkte enger zu koordinieren;
- die ersten Ergebnisse der Langzeitstudie des Militärausschusses, die in Empfehlungen für eine militärische Kommandostruktur münden werden, die besser auf die gegenwärtige und zukünftige euro-atlantische Sicherheit zugeschnitten ist. Wir beauftragen den NATO-Militärausschuß, seine Arbeit an der Langzeitstudie in Übereinstimmung mit den heute von uns getroffenen Entscheidungen fortzuführen;
- den Abschluß der ersten Arbeitspläne der Hocharangigen Politisch-Militärischen Arbeitsgruppe für Proliferation (SGP) und der Hocharangigen Verteidigungspolitischen Arbeitsgruppe für Proliferation (DGP), um die gemeinsamen Sicherheitsbelange im Zusammenhang mit der Proliferation aufzugreifen;
- das Treffen des Nordatlantikrats (Verteidigungsminister) noch in diesem Monat, an dem alle 16 NATO-Staaten teilnehmen werden.

7.

Bei unseren Bemühungen, die Allianz anzupassen und ihre Fähigkeiten zu verbessern, ihre Funktionen und Aufgaben unter Beteiligung aller Bündnispartner zu erfüllen, lassen wir uns von drei grundlegenden Zielen leiten:

Das erste Ziel besteht darin, die militärische Leistungsfähigkeit des Bündnisses zu gewährleisten, damit es in dem sich verändernden Sicherheitsumfeld Europas in der Lage ist, seinen traditionellen Auftrag der kollektiven Verteidigung wahrzunehmen und durch flexible und vereinbarte Verfahren neue Aufgaben unter sich ändernden Gegebenheiten durchzuführen, und zwar auf der Grundlage:

- einer erneuerten einheitlichen multinationalen Kommandostruktur, die die strategische Lage in Europa widerspiegelt und alle Verbündeten zu voller Teilnahme befähigt sowie dazu geeignet ist, alle Aufgaben anhand von Ver-

fahren durchzuführen, die in Übereinstimmung mit den Entscheidungen durch den Rat zu definieren sind;

- von Hauptquartieren, die aufgrund ihrer Struktur leichter verlegbar, und Kräften, die beweglicher sind, und die beide über längere Zeit hinweg im Einsatz gehalten werden können;
- der Fähigkeit, verstärkt die Beteiligung von Partnerländern zu ermöglichen und neue Mitglieder in die militärischen Strukturen der Allianz zu integrieren;
- der Fähigkeit, Nicht-Artikel-5-Operationen der NATO durchzuführen, geleitet von dem Konzept, daß eine einheitliche Struktur fähig sein muß, vielfältige Funktionen zu erfüllen. Wir werden flexible Vorkehrungen weiterentwickeln, die zur Ausführung unterschiedlicher Einsätze und zur Berücksichtigung nationaler Entscheidungen über die Teilnahme an der jeweiligen Operation geeignet sind und auf den Stärken der bestehenden Einrichtungen der NATO aufbauen können. Diese Operationen können sich hinsichtlich der Beiträge einzelner Bündnispartner voneinander unterscheiden sowie - nach Maßgabe der fallweise zu treffenden Entscheidung durch den Rat - auch in Aspekten der militärischen Führung. Das CJTF-Konzept ist zentral bei unserem Ansatz, mit dem wir Kräfte für Eventualfalloperationen zusammenstellen und ihre Führung innerhalb der Allianz organisieren. In Übereinstimmung mit dem Ziel, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität in der NATO aufzubauen, sollten diese Vorkehrungen es allen europäischen Bündnispartnern ermöglichen, eine größere Rolle in den militärischen und Führungsstrukturen der NATO zu spielen und, wo angezeigt, in Eventualfalloperationen, die die Allianz unternimmt;
- verstärkter politisch-militärischer Zusammenarbeit, insbesondere durch die PCG, und wirksamer Ausübung politischer Kontrolle des Nordatlantikrats durch den Militärausschuß;
- der Notwendigkeit von Kosteneffizienz.

Das zweite Ziel ist die Wahrung der transatlantischen Bindung auf folgenden Grundlagen:

- dem Erhalt der Allianz als wesentlichem Forum für Konsultationen unter ihren Mitgliedern und Ort für die Vereinbarung von politischen Maßnahmen, die sich auf die Sicherheits- und Verteidigungsverpflichtungen der Bündnispartner nach dem Washingtoner Vertrag auswirken;
- der Weiterentwicklung der starken Partnerschaft zwischen Bündnispartnern in Nordamerika und Europa, politisch wie auch militärisch, unter weiterer Beteiligung der nordamerikanischen Bündnispartner über alle Bereiche der Führungs- und Streitkräftestruktur;
- der Bereitschaft, wann immer möglich, gemeinsame Ziele der Sicherheitspolitik durch die Allianz zu verfolgen;
- voller Transparenz zwischen NATO und WEU bei der Krisenbewältigung, wo erforderlich auch durch gemeinsame Konsultationen über die Frage der Behandlung von Krisen.

Das dritte Ziel ist die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in der Allianz. Unter voller Nutzung des vereinbarten CJTF-Konzepts wird diese Identität auf solide militärische Prinzipien gegründet und durch geeignete militärische Planung unterstützt werden sowie die Aufstellung militärisch kohärenter und leistungsfähiger Kräfte ermöglichen, die unter der politischen Kontrolle und strategischen Richtlinienkompetenz der WEU operieren können.

Wir wollen als ein essentielles Element der Entwicklung dieser Identität, unter Beteiligung der NATO und der WEU, Vorbereitungen für Operationen unter Leitung der WEU treffen (einschließlich Planung und Übungen für Führungselemente und Truppenteile). Solche Vorbereitungen in der Allianz sollten der Teilnahme aller europäischen Bündnispartner, auch an europäischen Führungsvorkehrungen, Rechnung tragen, sofern sie sich hierzu entschließen. Es wird auf folgenden Grundlagen aufbauen:

- der Bestimmung, in der Allianz, von Formen trennbarer, jedoch nicht getrennter Fähigkeiten, Kräfte und Unterstützungspotentiale; ferner - zur Vorbereitung von WEU-Operationen - der Bestimmung trennbarer, jedoch nicht getrennter Hauptquartiere, Teile von Hauptquartieren und Führungspositionen, die erforderlich wären, um WEU-Operationen zu führen und durchzuführen und die nach Maßgabe der Entscheidung des Nordatlantikrats bereitgestellt werden könnten;
- der Ausarbeitung geeigneter multinationaler europäischer Führungsvorkehrungen in der NATO, die mit dem CJTF-Konzept im Einklang stehen und dieses voll nutzen und dazu geeignet sind, WEU-Operationen vorzubereiten, zu unterstützen, zu führen und durchzuführen. Dies setzt Doppelfunktionen für geeignetes Personal in der NATO-Kommandostruktur voraus, um diese Aufgaben wahrzunehmen. Solche europäischen Führungsvorkehrungen sollten identifizierbar sein, und die Vorkehrungen sollten klar genug definiert sein, um die schnelle Aufstellung einer militärisch kohärenten und leistungsfähigen Einsatzstreitkraft zu ermöglichen. Darüber hinaus wird die Allianz die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in der NATO unterstützen, indem sie auf Ersuchen und in Abstimmung mit der WEU die militärische Planung und Übungen für typische von der WEU identifizierte Aufgaben durchführt. Auf der Grundlage der vom WEU-Rat und Nordatlantikrat bereitzustellenden politischen Weisung würde diese Planung mindestens:
 - erforderliche Informationen über Ziele und Umfang für typische WEU-Aufgaben sowie über die Teilnahme hieran vorbereiten;
 - Erfordernisse für Planung und Übungen von Führungselementen und Truppenteilen für typische WEU-Operationen identifizieren;
 - geeignete Pläne entwickeln, die durch den Militärausschuß und den Nordatlantikrat an die WEU zur Prüfung und Billigung geleitet werden.

NATO und WEU sollten Vereinbarungen zur Umsetzung solcher Pläne treffen. Der Nordatlantikrat wird die Freigabe von Kräften und Fähigkeiten der NATO für WEU-geführte Operationen billigen, sich über ihre Verwendung durch Beobachtung unter fachlicher Beratung durch die Militärbehörden der NATO sowie durch regelmäßige Konsultationen mit dem WEU-Rat unterrichtet halten und ihre Verwendung ständig prüfen.

8.

Auf der Grundlage der heute vereinbarten Richtlinien haben wir den Ständigen Rat beauftragt, mit fachlicher Beratung durch die Militärbehörden der NATO:

- Leitlinien und spezifische Vorschläge zur weiteren Anpassung der Allianzstrukturen und -verfahren zu entwickeln;
- für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität in der Allianz geeignete Maßnahmen und Vorkehrungen zur Umsetzung der Vorgaben gemäß Absatz 7 zu

entwickeln. Zu den Vorkehrungen, die eingehender Ausarbeitung bedürfen, gehören die Regelungen für die Identifizierung und Freigabe von Fähigkeiten, Kräften, Hauptquartieren und Teilen von Hauptquartieren der NATO zur Nutzung durch die WEU für Aufgaben, die von der WEU durchgeführt werden sollen; alle erforderlichen Ergänzungen bestehender Regelungen für den Informationsaustausch zur Durchführung von WEU-Operationen; die Frage, wie Konsultationen mit dem Nordatlantikrat über die Nutzung der NATO-Kräfte und -Fähigkeiten geführt werden einschließlich der Beobachtung durch die NATO über die Nutzung dieser Kräfte;

und uns auf unserem Treffen im Dezember mit Empfehlungen zur Entscheidung zu berichten.

9.

Als Teil dieser Arbeit haben wir den Ständigen Rat beauftragt, die laufende Arbeit zur militärischen Kommandostruktur der NATO zu überprüfen und uns auf unserem nächsten Treffen mit Empfehlungen hierüber zu berichten.

10.

Der zweite Aspekt der Allianzpassung ist die Entwicklung unserer Fähigkeit, neue Rollen und Aufgaben zu übernehmen, wie zum Beispiel die Operation JOINT ENDEAVOUR. Die von der NATO geführte Internationale Friedenstruppe (IFOR) setzt zur Zeit erfolgreich die militärischen Aspekte der Friedensvereinbarung in Bosnien-Herzegowina um, einer Vereinbarung, die von historischer Bedeutung für die Entwicklung von Frieden, Sicherheit und Aussöhnung in der Region ist. Die IFOR-Operation hat die NATO mit 16 Nicht-NATO-Ländern aus Europa, Nordafrika, dem Nahen Osten und Asien in einer einheitlichen und leistungsfähigen Friedenskoalition zusammengeführt. Ihr gehören zwölf unserer NAKR- und PfP-Partner an, was unser gemeinsames Engagement für neue Formen kooperativer Sicherheit in Europa betont. Der Beitrag Rußlands unterstreicht sowohl die Fähigkeit der Allianz zum Aufbau neuer praktischer Partnerschaften als auch die essentielle Rolle Rußlands im neuen internationalen Sicherheitsumfeld.

In den sechs Monaten ihres Einsatzes hat IFOR dabei mitgewirkt, den Glauben der Menschen in Bosnien-Herzegowina wiederherzustellen, daß Frieden möglich ist. Ein sicheres Umfeld wird zur Realität. Die Kräfte der ehemals kriegführenden Parteien sind voneinander getrennt worden und sind im Begriff, demobilisiert und in Kasernen verlegt zu werden. IFOR wird Gefährdungen des Friedens oder Einschränkungen der Bewegungsfreiheit nicht hinnehmen. Sie wird ihr Mandat weiterhin fair und unparteiisch erfüllen.

IFOR leistet verstärkt Unterstützung bei der Umsetzung der zivilen Aspekte der Friedensvereinbarung im Rahmen ihres geltenden Mandats, solange dies nicht der Erfüllung des primären militärischen Auftrags im Wege steht. Der Erfolg des zivilen Auftrags ist Schlüssel zum dauerhaften Frieden und Neubeginn, besonders durch wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau, die Durchführung freier und gerechter Wahlen, die Rückführung von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie die Wahrung von Recht und Gesetz. Die Ergreifung von Kriegsverbrechern und die Untersuchung von Kriegsverbrechen sind essentiell, um Gerechtigkeit und einen dauerhaften Frieden in Bosnien-Herzegowina wiederherzustellen.

Wir zollen der Arbeit des Hohen Repräsentanten unsere Anerkennung und werden ihn in seiner schwierigen Koordinierungsaufgabe weiter unterstützen. Wir würdigen die wirksame Kooperation von IFOR mit seiner Dienststelle. IFOR

arbeitet auch aktiv mit anderen zivilen Organisationen zusammen, so auch mit der Dienststelle des Hohen Kommissars der VN für Flüchtlinge bei deren Planung für die Rückführung von Flüchtlingen und Vertriebenen; mit dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) bei der Untersuchung von Kriegsverbrechen und dabei, Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen; mit der Internationalen Polizeitruppe bei ihrer Aufgabe, Recht und Gesetz wieder Geltung zu verschaffen; mit dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes in humanitären Fragen; und mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Rahmen ihrer Aufgaben für die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen sowie für Rüstungskontrolle und Vertrauensbildende Maßnahmen. In diesem Zusammenhang appellieren wir an die Parteien, wie in der Friedensvereinbarung vorgesehen, bis zum 11. Juni eine subregionale Rüstungskontrollvereinbarung abzuschließen.

Der Krieg in Bosnien-Herzegowina ist beendet, aber der Friede bleibt zerbrechlich. Die Zeitspanne zwischen jetzt und September wird von ausschlaggebender Bedeutung für die Vorbereitung der Wahlen in Bosnien-Herzegowina sein – ein bedeutender Meilenstein auf dem Weg zu Demokratie und Wiederaufbau. Angesichts des Umfangs und der Komplexität dieser Aufgabe wird IFOR bis nach den Wahlen, die nach der Friedensvereinbarung spätestens im September stattfinden müssen, in etwa in ihrer gegenwärtigen Personalstärke fortbestehen und ihr Potential bis zum Ablauf des IFOR-Mandats im Dezember insgesamt erhalten.

IFOR steht ferner bereit, um wie vereinbart der Übergangsverwaltung in Ostslawonien (UNTAES) bei der Verwirklichung des Friedens in Ostslawonien Unterstützung im Notfall zu gewähren.

Wir loben die Professionalität, das Pflichtbewußtsein und die Tapferkeit aller IFOR-Teilnehmer, gemeinsam und als Einzelpersonen, und sprechen den Familien derjenigen unsere tiefe Anteilnahme aus, die für den Frieden ihr Leben gegeben oder Verletzungen davongetragen haben.

Die NATO hat dabei mitgewirkt, durch konzertierte Anstrengungen eine Friedensperspektive zu öffnen, selbst unter ehemaligen Gegnern. Alle unsere Länder engagieren sich in hohem Maße, unmittelbar und durch internationale Zusammenarbeit, um die Voraussetzungen für dauerhaften Frieden und Wiederaufbau durch Förderung von gegenseitigem Vertrauen, Gerechtigkeit, Aussöhnung und militärischer Stabilität zu schaffen. Die internationale Gemeinschaft kann mit Rat und Tat helfen, aber die Menschen und Führer in Bosnien-Herzegowina und der Region müssen ihre eigene Verantwortung für den Aufbau von Frieden übernehmen. Wir appellieren an alle Parteien, neue Energien für diese Ziele aufzubringen und ihrer Verpflichtung zur Umsetzung der Friedensvereinbarung uneingeschränkt nachzukommen.

11.

Ein Schlüsselement der Allianz Anpassung besteht aus Maßnahmen, die ihren Ursprung in der 1994 auf dem Brüsseler Gipfel getroffenen Entscheidung zur Intensivierung und Erweiterung der politischen und verteidigungspolitischen Anstrengungen des Bündnisses gegen die Risiken der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme haben. Die Weiterverbreitung atomarer, biologischer und chemischer Waffen (ABC-Waffen) ist für die NATO weiterhin Grund zu ernster Sorge, da sie eine unmittelbare Bedrohung der internationalen Sicherheit darstellen kann. Wir bleiben unserem Ziel verpflichtet, die Weiterverbreitung von vornherein zu verhindern oder durch diploma-

tische Mittel rückgängig zu machen, sofern sie stattfindet. Als Verteidigungsbündnis muß die NATO die Verantwortung übernehmen, Mittel und Wege sicherzustellen, um ihre Mitglieder gegen die Proliferationsrisiken zu schützen.

Die Arbeit der Hochrangigen Politisch-Militärischen Arbeitsgruppe für Proliferation (SGP) und der Hochrangigen Verteidigungspolitischen Arbeitsgruppe für Proliferation (DGP) – beide nach dem Brüsseler Gipfel im Jahre 1994 eingesetzt – ist ein essentielles Element zum Erhalt der Bündnissicherheit und ein integraler Aspekt der NATO-Anpassung an das neue Sicherheitsumfeld in Europa. Wir sind zufrieden mit dem Arbeitsfortschritt der SGP und haben die Empfehlungen der DGP für Verbesserungen der militärischen Allianzfähigkeiten gebilligt, um uns der Risiken anzunehmen, die von der Weiterverbreitung atomarer, biologischer und chemischer Waffen und ihrer Trägersysteme ausgehen.

12.

Als Teil ihrer Gesamtanpassung hat sich die Allianz der neuen Sicherheitslage weiter angepaßt, indem sie ihre Beziehungen zu den Partnerländern und zu anderen Organisationen gefestigt hat, die beim Ausbau von Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum wichtige Rollen spielen. Dieses Modell zunehmend offener und transparenter Zusammenarbeit ist zu einem zentralen Merkmal des Bündniskonzepts kooperativer Sicherheit geworden.

13.

Wir bekräftigen unser Engagement zur Öffnung der Allianz für neue Mitglieder. Der Erweiterungsprozeß ist auf dem Weg, und wir sind überzeugt, daß die Gesamtanpassung der Allianz diesen Prozeß erleichtern wird. Wie im Dezember letzten Jahres beschlossen, verfolgen wir einen dreiteiligen Prozeß, um unsere Vorbereitungen in diesem Jahr voranzubringen: wir führen einen intensivierten Dialog mit interessierten Ländern; wir arbeiten am weiteren Ausbau der Partnerschaft für den Frieden, um sowohl möglichen neuen Mitgliedern beim Beitritt zu helfen und anderen eine starke langfristige Partnerschaft mit der NATO zu bieten; und wir stellen zur Zeit Überlegungen über die erforderlichen internen Anpassungen für die Erweiterung an. Wir haben heute den Fortschritt in allen diesen Bereichen überprüft und sind über die stetigen Fortschritte erfreut. Wir haben einen Bericht über die laufenden Konsultationen im Rahmen des individuellen, intensivierten Dialogs mit bislang 15 interessierten Ländern entgegengenommen. Der Dialog bietet ihnen die Möglichkeit, ihr Verständnis der Allianz zu verbessern und sich mit Auswirkungen der NATO-Erweiterung auseinanderzusetzen; er gibt den Ländern, die eine Mitgliedschaft anstreben, spezifische und praktische Details der Allianzmitgliedschaft an die Hand. Der Dialog wird in den nächsten Monaten aktiv fortgeführt. Mit Freude stellen wir die nationalen Bemühungen von Partnern in Ergänzung unserer Arbeit fest. Wir werden sicherstellen, daß Überlegungen über die Erweiterung in unsere Beratungen und Entscheidungen über den internen Anpassungsprozeß der Allianz einfließen. Wir erwarten einen Bericht des Generalsekretärs auf unserem nächsten Treffen im Dezember, auf dem wir den Fortschritt bewerten und über den weiteren Weg beraten werden.

Wir bekräftigen unsere Entschiedenheit, daß der Öffnungsprozeß der Allianz für neue Mitglieder keine Trennlinien in Europa schaffen oder irgendein Land isolieren soll. Unser Ziel bleiben immer engere und tiefere kooperative Bindungen mit allen NAKR- und PfP-Partnern, die solche Beziehungen mit uns aufbauen möchten. Die Erweiterung der

Allianz fügt sich in einen breiteren Prozeß der Kooperation und Integration ein, der im heutigen Europa bereits angelautet ist und die EU, die WEU, die OSZE und den Europarat sowie andere europäische Institutionen umfaßt. Es ist unsere Strategie, beim Aufbau einer breiten europäischen Sicherheitsarchitektur auf der Grundlage echter Zusammenarbeit in ganz Europa mitzuwirken.

14.

Die Partnerschaft für den Frieden ist zu einem dauerhaften Element europäischer Sicherheitskooperation geworden und hat ihren Wert in den laufenden Operationen der Internationalen Friedenstruppe (IFOR) unter Beweis gestellt. Wir freuen uns besonders, daß zwölf Partner uns in diesem Unternehmen an die Seite getreten sind, bei dem nutzbringend auf die Erfahrung und Interoperabilität zurückgegriffen wird, die während der letzten zwei Jahre durch die Teilnahme von truppendienstenden Partnern bei gemeinsamen PFP-Übungen und anderen PFP-Aktivitäten gewonnen wurden. Diese erste gemeinsame Erfahrung mit IFOR weist den Weg für zukünftige Sicherheitskooperation. Wir hoffen sicherstellen zu können, daß die zwischen Verbündeten und Partnern während der IFOR-Operation entwickelten Kooperationsbeziehungen auch in Zukunft die Partnerschaft weiter stärken. Wir beabsichtigen, weitere Maßnahmen zur Einbeziehung von Partnern in unsere Bemühungen zu ergreifen, um Sicherheit durch regionale Kooperation zu fördern, auch durch die Erleichterung früher Teilnahme an CJTF. Dies wird besonders wichtig sein im Zuge der Allianzanpassung zur Erfüllung ihrer neuen Aufgaben.

Wir freuen uns, daß die Bündnispartner und Partner zusammen bedeutende Fortschritte zur Verwirklichung der für PFP im Kommuniqué des Nordatlantikrats vom Dezember 1995 gesetzten Ziele erreicht haben. Das breite Interesse und die aktive Beteiligung durch Partnerländer hat die Partnerschaft für den Frieden in kurzer Zeit bedeutend vorangebracht.

Wir sind bestrebt, Umfang und Gehalt unserer PFP-Kooperation ständig auszubauen. Wir begrüßen daher den Bericht des Ständigen Rates über die zusätzlichen Schritte, die kurzfristig getan werden können, besonders die Erweiterung und Vertiefung des PFP-Planungs- und Überprüfungsprozesses, durch den Fortschritte zur Interoperabilität beschleunigt werden, und die Intensivierung der Arbeit zu den zivil-militärischen Beziehungen sowie der Verteidigungspolitik und Verteidigungsplanung.

Der Ständige Rat sollte ebenfalls Überlegungen prüfen, wie sie in allgemeiner Form im Bericht über die längerfristige Stärkung von PFP enthalten sind. Speziell sollten wir Möglichkeiten für Partner erweitern, aktiver bei der Gestaltung von PFP-Programmen in die Beratungen einbezogen zu werden, auch bei der Bewertung und Verbesserung von PFP-Interoperabilitätszielen und dem PFP-Übungsprogramm. Partner sollten auch in die PFP-Übungsplanung sowie andere militärische Planungsaktivitäten auf verschiedenen Ebenen über die Koordinierungszelle sowie bei den Obersten NATO-Befehlshabern und den nachgeordneten Befehlshabern zur eingehenden operativen Planung einbezogen werden. Darüber hinaus sollten wir sicherstellen, daß die Kooperationsbeziehungen, die Partner und Verbündete zur Zeit im Rahmen von IFOR entwickeln, auch in Zukunft als Teil der regionalen PFP-Kooperationsprogramme fortbestehen.

15.

Wir freuen uns auf unser morgiges 11. Treffen mit Partnern im Nordatlantischen Kooperationsrat. Der Rat bietet uns ein

Forum für regelmäßige multilaterale Konsultationen über politische und sicherheitspolitische Fragen. Zusammen mit der Partnerschaft für den Frieden trägt der Nordatlantische Kooperationsrat, besonders durch umfassende Beteiligung von Partnerländern an zahlreichen Ausschüssen der NATO, in zunehmendem Maße zu europäischer Sicherheit und Stabilität bei, indem er Wechselbeziehungen vertieft und gemeinsame Vorgehensweisen entwickelt. Wir freuen uns über die Ergebnisse der gezielter geführten Gespräche im NAKR, besonders auf dem Gebiet der Förderung gutnachbarlicher Beziehungen und der Entwicklung zivil-militärischer Beziehungen. Wir sehen der Vertiefung dieses Prozesses erwartungsvoll entgegen. Auf unserem nächsten Treffen im Dezember werden wir anhand eines Berichtes durch den Ständigen Rat den Fortschritt überprüfen, der zur Stärkung der Rolle des NAKR und zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen Verbündeten und Partnern erzielt worden ist.

16.

Wir bekräftigen unsere nachhaltige Unterstützung der laufenden politischen und wirtschaftlichen Reformen in Rußland. In einigen Tagen finden in der Russischen Föderation nationale Präsidentschaftswahlen statt. Wir hoffen, daß diese Wahlen den Reformprozeß in Rußland weiter festigen werden.

Wir bleiben überzeugt, daß die Entwicklung einer starken, stabilen und dauerhaften Partnerschaft zwischen der NATO und Rußland ein essentielles Element der Sicherheit im euroatlantischen Raum ist. Wir alle wollen feste und konstruktive bilaterale Beziehungen mit Rußland sowie enge, kooperative, weitreichende Beziehungen zwischen der NATO und Rußland. Wir haben eine beträchtliche Anzahl von Kontakten, Konsultationen und Programmen eingeleitet, um unsere Partnerschaft zu festigen. Hier in Berlin reichen wir Rußland erneut unsere Hand zu Freundschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit.

Wir begrüßen den bedeutenden Beitrag Rußlands zu IFOR bei der Umsetzung der militärischen Aspekte der Pariser Friedensvereinbarung. Wir freuen uns über den Geist der Zusammenarbeit, die gemeinsamen Zielsetzungen und die gemeinsamen Anstrengungen, um die Wirksamkeit der militärischen Operation sicherzustellen. Wir hoffen, daß diese Erfahrung der engen Zusammenarbeit sich nachhaltig positiv auf unsere Beziehung auswirken wird. Sie zeigt, daß wir wirksam in Fragen zusammenarbeiten können, die Frieden und Stabilität in Europa betreffen. Sie weist den Weg zum Aufbau kooperativer Sicherheitsstrukturen in Europa mit aktiver Beteiligung der NATO und Rußlands.

Wir sind erfreut, daß wichtige Konsultationen im Format 16+1 unter anderem über die Lage im ehemaligen Jugoslawien, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die sichere und gefahrenfreie Beseitigung nuklearer Waffen sowie den KSE-Vertrag stattgefunden haben und daß die Zusammenarbeit auf verschiedenen Betätigungsfeldern der NATO fortgeführt wird. Wir freuen uns über die Unterzeichnung einer Vereinbarung über zivile Notstandsplanung und Katastrophenschutz zwischen der Allianz und dem Ministerium der Russischen Föderation für Zivilverteidigung, Notfälle und die Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen. Wir wollen unsere Beziehungen mit Rußland erweitern und intensivieren – politisch und militärisch – in Übereinstimmung mit dem von uns im Juni 1995 vereinbarten Dokument über „Bereiche zur Fortführung eines breitangelegten, erweiterten Dialogs und der Kooperation zwischen der NATO und Rußland“. Wir erneuern unseren Vorschlag zur

Verwirklichung eines politischen Rahmens für die Beziehungen NATO-Rußland, der grundlegende Prinzipien für Sicherheitskooperation und die Entwicklung dauerhafter Mechanismen für politische Konsultationen umfaßt.

17.

Wir bleiben überzeugt, daß eine unabhängige, demokratische und stabile Ukraine einer der Schlüsselfaktoren für Stabilität und Sicherheit in Europa ist. Wir freuen uns über die aktive Beteiligung der Ukraine im Nordatlantischen Kooperationsrat und in der Partnerschaft für den Frieden. Seit unserem letzten Treffen haben sich die Beziehungen zwischen der NATO und der Ukraine durch die Umsetzung des im September 1995 vereinbarten Dokuments über erweiterte Beziehungen NATO-Ukraine und durch die aktive Teilnahme der Ukraine an IFOR vertieft. Wir begrüßen die Vertiefung unseres Dialogs und der Zusammenarbeit auf einer Vielzahl von Feldern, wie der zivilen Notstandsplanung, der Wissenschaft und Informationstätigkeiten. In diesem Zusammenhang nehmen wir dankbar das Angebot der Ukraine zur Kenntnis, Unterstützung für erweiterte NATO-Informationsbemühungen in der Ukraine zu leisten. Wir haben den Wunsch, unsere Kooperationsaktivitäten durch konkrete Arbeit in den im Dokument vom September 1995 aufgeführten Bereichen weiterzuentwickeln und weitere Gelegenheiten zu nutzen, um den Gehalt unserer Beziehungen zu erweitern. Wir begrüßen die jüngste Erklärung, daß alle Nuklearwaffen vom Territorium der Ukraine zur Beseitigung übergeben worden sind in Übereinstimmung mit der in Moskau im Januar 1994 unterzeichneten trilateralen Erklärung der USA, Rußlands und der Ukraine.

18.

Wir wollen die NATO-Informationsaktivitäten in Rußland und in der Ukraine in Absprache mit der jeweiligen Regierung erweitern. Wir haben den Ständigen Rat beauftragt, hierzu konkrete Schritte einzuleiten.

19.

Wir wollen unsere Kooperationsbeziehungen, bilateral und durch die Allianzinitiativen, auch mit allen neuen unabhängigen Staaten weiter ausbauen. Ihre demokratische und wirtschaftliche Entwicklung, der Fortbestand ihrer Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität sind essentielle Faktoren für Stabilität und Sicherheit im euro-atlantischen Raum.

20.

Wir sind zufrieden über die wachsenden Bindungen zwischen der NATO und der WEU und sind entschlossen, unsere Zusammenarbeit mit der WEU auf der Grundlage der vereinbarten Prinzipien der Komplementarität und Transparenz zu erweitern und zu vertiefen. Wir begrüßen den Abschluß einer Sicherheitsvereinbarung zwischen unseren Organisationen und den Rahmen, den diese für den Austausch von Informationen bietet, die für die Verfolgung unserer gemeinsamen Sicherheitsziele von Bedeutung sind. Wir hoffen, daß dadurch der Weg zu intensiverer Zusammenarbeit geöffnet wird. Wir freuen uns, daß als Reaktion auf das dem Ständigen Rat erteilte Mandat zusätzliche Bereiche für gezielte Zusammenarbeit NATO-WEU (gemeinsame Treffen über ihren jeweiligen Mittelmeerdialog und Austausch von Informationen über die Beziehungen zu Rußland und der Ukraine) identifiziert worden sind. Wir werden auch in anderen Bereichen Möglichkeiten für die Erweiterung der Zusammenarbeit ausloten. Wir halten unsere Konsultationen, auch

in gemeinsamen Ratstreffen der NATO-WEU, über gemeinsame Anliegen für wichtig. Wir begrüßen die Wiederaufnahme von Treffen des Ständigen WEU-Rats mit dem Obersten Alliierten Befehlshaber Europa (SACEUR).

Wir unterstützen die WEU weiter in ihren Bemühungen, die Entwicklung ihrer operativen Fähigkeiten zu erweitern, und begrüßen die Entscheidungen, die hierzu im vergangenen Monat in Birmingham im WEU-Rat auf Ministerebene getroffen wurden.

21.

Der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) kommt eine wesentliche Rolle für europäische Sicherheit und Stabilität zu. Wir bekräftigen unsere Zusage, den umfassenden Sicherheitsansatz der OSZE und den laufenden Prozeß zur Entwicklung eines Sicherheitsmodells für das 21. Jahrhundert zu unterstützen. Wir schätzen die Wirksamkeit der OSZE bei der Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten sowie die Arbeit des Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten. Sie sind wichtige Beiträge zu regionaler Stabilität, die wir weiter unterstützen und durch unsere Arbeit stärken wollen.

Die OSZE spielt eine entscheidend wichtige Rolle in Bosnien-Herzegowina, indem sie zur Umsetzung der zivilen Aspekte der Pariser Friedensvereinbarung beiträgt, besonders durch die Überwachung der Vorbereitungen und Durchführung der ersten Wahlen, die Förderung und Überwachung der Menschenrechte, die Aufsicht über die Umsetzung Vertrauens- und Sicherheitsbildender Maßnahmen sowie die Verhandlung über Rüstungsbegrenzungen. Diese Aufgaben sind ein wichtiger Beitrag zum Aufbau eines gerechten und dauerhaften Friedens in der Region. IFOR unterstützt die Aufgaben der OSZE, und insbesondere die Vorbereitung der Wahlen, indem sie beim Aufbau eines sicheren Umfelds hilft und die Bewegungsfreiheit fördert. Wir freuen uns auch über die praktische Unterstützung, die die NATO durch ihr Verifikationskoordinierungsreferat der OSZE hat gewähren können, um bei der Zusammenstellung von Verifikationsmaßnahmen für die Rüstungskontrollelemente der Pariser Friedensvereinbarung zu helfen. Wir unterstützen die weitere Entwicklung dieser praktischen Zusammenarbeit zwischen NATO und OSZE.

Wir sind weiterhin tief besorgt über die Entwicklungen in Tschetschenien, die soviel Leiden und so viele Tote und Verwundete zur Folge haben. Wir begrüßen die Ankündigung einer Waffenruhe in Tschetschenien und erwarten ihre volle und wirksame Umsetzung. Wir fordern weitere sinnvolle Verhandlungen, die zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts unter weiterer Nutzung der guten Dienste der OSZE führen. Wir unterstützen die Bemühungen der Minsk-Gruppe, eine politische Lösung des Konflikts in und um Berg-Karabach zu erzielen.

Wir begrüßen die zwischen dem Nordatlantikrat und dem Amtierenden Vorsitzenden der OSZE hergestellten Kontakte. Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, um den Dialog zwischen der NATO und der OSZE über gemeinsame Anliegen zu verstärken, auch durch hochrangige Vertretung bei den Ministertreffen und auf Routinebasis durch den Internationalen Stab.

22.

Wir unterstützen den laufenden Nahost-Friedensprozeß und fordern alle Beteiligten eindringlich auf, ihm weiter verpflichtet zu bleiben. Wir wiederholen unsere Überzeugung, daß die Sicherheit in Europa in hohem Maße durch Sicher-

heit und Stabilität im Mittelmeerraum beeinflusst wird. Wir messen dem Fortschritt unseres Mittelmeerdialogs mit nicht der NATO angehörenden Ländern besondere Bedeutung bei. Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko, Mauretanien und Tunesien nehmen heute am laufenden politischen Dialog teil. Wir freuen uns über das Interesse, das die am Dialog beteiligten Länder bekundet haben, und über die Gespräche, die bereits stattgefunden haben. Wir sind überzeugt, daß dieser Dialog ein Beitrag zu besserem gegenseitigen Verständnis ist und zur Stabilität in der Region beiträgt. Wir erteilen dem Ständigen Rat die Weisung, uns auf unserem Treffen im Dezember über die auf der Grundlage des Dialogs unternommenen Aktivitäten zu berichten.

23.

Wir unterstützen nachhaltig die Arbeit der VN-Abrüstungskonferenz zur Erreichung eines wirklich umfassenden und hinreichend verifizierbaren weltweiten Verbots aller Kernversuche bis spätestens September dieses Jahres und zur Einleitung von Verhandlungen über einen Vertrag zum Verbot von Spaltmaterial auf der Grundlage des bereits bestehenden Mandats.

Wir unterstreichen die Bedeutung der START-Verträge für internationale Stabilität und Sicherheit und sprechen den Vereinigten Staaten und Rußland unseren Dank aus für die Umsetzung ihrer START-I-Verpflichtungen. Wir begrüßen die Ratifizierung von START II durch den Senat der Vereinigten Staaten im Januar dieses Jahres und drängen auf baldige Ratifizierung durch die Russische Föderation.

Wir erwarten das baldige Inkrafttreten und die vollständige Umsetzung des Übereinkommens über das Verbot chemischer Waffen und bekräftigen ausdrücklich die laufenden Bemühungen, ein Regime zur Einhaltung des Übereinkommens über das Verbot biologischer Waffen und von Toxinwaffen auszuhandeln.

Wir drängen auf die baldige Ratifizierung des Vertrags über den Offenen Himmel durch die Staaten, die den Vertrag nicht schon ratifiziert haben.

24.

Wir begrüßen den erfolgreichen Ausgang der Wiener Überprüfungskonferenz zum KSE-Vertrag. Das von den 30 Vertragsstaaten vereinbarte Dokument bekräftigt ihre gemeinsame Verpflichtung, die Integrität des Vertrages zu erhalten und seine vollständige Implementierung zu erreichen. Der Erfolg der Konferenz bestätigt, daß der KSE-Vertrag ein Eckpfeiler für europäische Sicherheit und Stabilität ist und bleiben wird. Wir appellieren an die Vertragsstaaten, die ihre Reduzierungsverpflichtungen noch nicht vollständig zum Abschluß gebracht haben, dies so schnell wie möglich zu tun.

Wir nehmen mit Befriedigung die Verwirklichung einer kooperativen Lösung der Flankenfrage zur Kenntnis. Dies ist ein bedeutender Schritt zur Sicherstellung der vollständigen Implementierung des Vertrages und der Wahrung seiner Integrität. In diesem Zusammenhang unterstreichen wir die Bedeutung der vollständigen Achtung der Souveränität der beteiligten Vertragsstaaten. Er bekräftigt die weitere Bedeutung der grundlegenden Strukturen des Vertrags einschließlich des Prinzips der Zonenbegrenzungen. Wir sehen der vollständigen und zeitgerechten Implementierung des Vertrags entgegen.

Die Bündnispartner begrüßen die Einigung der Vertragsstaaten, Gespräche über die Definition des Umfangs und der Parameter eines Prozesses aufzunehmen, mit dem Ziel, die Anwendung des Vertrags in einem sich verändernden Umfeld

zu verbessern. Sie sehen der aktiven Beteiligung an dieser Arbeit zusammen mit den anderen Vertragsstaaten entgegen, um zum Zeitpunkt des OSZE-Gipfels im Dezember 1996 in Lissabon über erste Fortschritte berichten zu können einschließlich Empfehlungen zum weiteren Vorgehen.

25.

Wir unterstützen alle Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus als einem weltweit verbreiteten Übel, das für uns alle Grund zur Besorgnis bleibt. Wir begrüßen das seit unserem letzten Treffen wachsende internationale Bewußtsein und die Zusammenarbeit gegen den Terrorismus und stellen mit Zufriedenheit die Ergebnisse des Gipfels in Sharm El-Sheikh fest sowie die von der internationalen Gemeinschaft weiter vorgebrachte Arbeit in den entsprechenden Foren.

26.

Wir sprechen der Regierung Deutschlands unseren tiefen Dank für die Ausrichtung dieses Treffens aus.

Erklärung des Bundesaußenministers

Der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus K i n k e l, gab anlässlich der Frühjahrstagung der NATO-Außenminister zum Thema „Die neue NATO in Berlin – Erneuerung, Öffnung und Partnerschaft für Europa“ am 3. Juni 1996 in Berlin folgende Erklärung ab:

Herzlich willkommen in Berlin! Dieses Treffen ist für unser Bündnis, für uns Deutsche etwas Besonderes: Berlin und die NATO haben zusammen Geschichte gemacht. Wenige Kilometer von diesem Tisch spielten sich die Dramen des Kalten Krieges ab, die die Welt über drei Jahrzehnte in Atem hielten. Nirgendwo vertrauten die Menschen so sehr auf die Hilfe der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der anderen Bündnispartner wie hier an der Mauer, die Berlin, Deutschland und die Welt in zwei Lager teilte. Dieses Vertrauen wurde nicht enttäuscht.

Auch in schwersten Stunden standen unsere Partner und Freunde in der NATO zu uns, zur Freiheit Berlins, zur Freiheit Deutschlands. Dieser Festigkeit und Freundschaft verdanken wir das Jahrhundertgeschenk der Wiedervereinigung. Hier in Berlin möchte ich Ihnen, unseren Bündnispartnern, sagen: Wir Deutschen haben und werden das nicht vergessen!

Von Oslo bis Rom, von Vancouver bis Ankara wissen sich unsere Bürger auch heute in der Allianz geschützt und aufgehoben. Weil Mitgliedschaft in der NATO gleichgesinnte Freunde und Verbündete bedeutet, die zu einem stehen, wenn es darauf ankommt. Die Dankbarkeit der leidgeprüften Menschen in Bosnien für das Kommen unserer Soldaten sagt mehr aus über die fortgesetzte Notwendigkeit der NATO als alle Kommunikés, und zwar in ganz Europa!

Das Ansehen unserer Gemeinschaft – im Osten wie im Westen unseres Kontinents – war noch nie so hoch wie heute. Darauf – lieber Javier Solana – können alle Soldaten und Offiziere, aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bündnisses stolz sein. Deshalb will und wird niemand die NATO für etwas anderes eintauschen. Und deshalb werden wir – parallel zur Erneuerung – die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses erhalten.

Meine Damen und Herren, seit dem Fall der Mauer ist die NATO – zusammen mit der Europäischen Union – der Eckpfeiler für die Sicherheit und Stabilität des im Bau befind-